Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1177**

19. Wahlperiode 13.03.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Claudia Roth (Augsburg), Cem Özdemir, Agnieszka Brugger, Katja Keul, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, Kai Gehring, Uwe Kekeritz, Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Ottmar von Holtz, Corinna Rüffer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einmarsch der Türkei in Syrien als völkerrechtswidrig verurteilen, Rüstungsexporte stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 21. Januar 2018 startete die Türkei mit der „Operation Olivenzweig“ den Einmarsch in die nordsyrische Region Afrin, die eines der Rückzugsgebiete für Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Syrien ist. Unzählige Menschen sind bereits durch den Krieg Assads gegen seine eigene Bevölkerung und die barbarischen Verbrechen von ISIS zur Flucht in genau dieses Gebiet gezwungen worden. Bereits in den ersten Wochen der Offensive hat sich diese ohnehin katastrophale Lage verschlimmert. Präsident Erdogan droht offen mit einer Belagerung von Afrin. Hunderttausende Menschen in der Stadt und den umliegenden 300 Dörfern wären davon betroffen.

Der türkische Militäreinsatz richtet sich gegen die YPG, den militärischen Arm der kurdischen PYD, die die Autonomiebehörde kontrolliert; er hat jedoch bereits zahlreiche zivile Opfer gefordert. Es liegen zudem derzeit unbestätigte Berichte über den Einsatz von Giftgas durch die türkische Armee und den gezielten Beschuss von Krankenhäusern in Afrin vor. Beides wären schwerste Kriegsverbrechen, verstoßen gegen die Genfer Konvention und müssen mit Nachdruck aufgeklärt werden. Nach der entscheidenden Schwächung von ISIS, bei der unter anderem kurdische Milizen der YPG eine entscheidende Rolle gespielt haben, ist der Krieg in Syrien mit dem türkischen Angriff in eine weitere erschütternde Gewaltphase eingetreten. Mit dem Einmarsch in Nordsyrien gießt Präsident Erdogan Öl in den regionalen Flächenbrand.

Der Deutsche Bundestag verurteilt die türkische Invasion als eine Verletzung des Völkerrechts und als eine unverantwortliche militärische Gewalteskalation. Bereits jetzt hat das militärische Vorgehen der Türkei in Syrien das Ausmaß der humanitären Katastrophe dramatisch vergrößert.

Der Einmarsch der Türkei ist innenpolitisch motiviert, er soll von der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung und einer tief gespaltenen Gesellschaft ablenken. Präsident Erdogans Außenpolitik der vergangenen Jahre ist gescheitert. Von seinem Ansatz der „null Probleme mit den Nachbarn“ ist heute eine Situation voller Konflikte mit fast allen Anrainerstaaten der Türkei geworden. Nach der Aufkündigung der Friedensgespräche

mit der PKK und einem unverhältnismäßigen militärischen Einsatz auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung im Südosten der Türkei hat Präsident Erdogan es bisher nicht geschafft, eine tragfähige politische Lösung der sogenannten Kurdenfrage anzubieten.

Gleichzeitig kritisiert der Bundestag die Nähe der YPG zur PKK, deren Teilorganisationen in der vergangenen Jahren schwere Terroranschläge in der Türkei mit zahlreichen Todesopfern verübt haben. Dieses Anheizen der Gewaltspirale wird den innertürkischen Konflikt nicht lösen und ist scharf zu verurteilen. Die Verbindungen zwischen der YPG und der PKK sind ein berechtigter Grund zur Sorge, rechtfertigen allerdings keinen Einmarsch in Syrien. Menschenrechtsverletzungen in von der YPG kontrollierten Gebieten wie die willkürliche Verhaftungen von Oppositionellen, die anhaltende Rekrutierung von Kindersoldaten oder die Tötung von Zivilisten, über die Menschenrechtsorganisationen vereinzelt berichten, verurteilt der Bundestag.

Der türkische Einmarsch nutzt vor allem den syrischen und russischen Kriegsinteressen, denn er richtet sich gegen die innenpolitische Opposition Assads und treibt einen Keil zwischen die Türkei und ihre NATO-Partner – allen voran die USA, die bislang die kurdischen Einheiten auch mit Waffen unterstützt haben. Damit rückt eine politische Lösung zur Beendigung des Krieges in Syrien in noch weitere Ferne. Der türkische Einmarsch zeigt zudem das Scheitern der deutschen und europäischen Türkeipolitik auf. Viel zu lange wurde kaum oder viel zu leise Kritik an den zunehmend autokratischen und unberechenbaren Kapriolen der türkischen Innen- und Außenpolitik geübt. Mit dem Flüchtlingsdeal hat sich die EU durch Erdogan erpressbar gemacht. Präsident Erdogan fühlt sich offensichtlich stark genug, um sich eine ganze Reihe innen- und außenpolitischer Eskalationen zu erlauben, ohne laute Kritik aus Berlin und Brüssel befürchten zu müssen.

Die Bilder von deutschen Leopard-2-Panzern in Syrien sind eine drastische Illustration der fehlgeleiten deutschen Rüstungsexportpolitik der letzten Jahre. Immer wieder sind in der Vergangenheit Menschenrechte und Demokratie in den Hintergrund gerückt, wenn ein lukratives Angebot für die deutsche Rüstungsindustrie winkte. Die dramatischen Folgen einer solchen Politik lassen sich in Afrin nun erneut schmerzlich beobachten.

Auch die vermeintliche Entspannung der deutsch-türkischen Beziehungen ist nur Fassade, solange unzählige Journalisten, Oppositionspolitiker und Mitglieder der Zivilgesellschaft unschuldig in Haft sitzen. Deniz Yücel ist frei, endlich. Dennoch gilt mehr denn je: Die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei bleibt hinter Gittern, von einem Rechtsstaat kann keine Rede mehr sein.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu einem friedlichen, international getragenen Umgang mit der sogenannten Kurdenfrage. Eine Lösung kann nicht in einer weiteren Eskalation des Krieges in Syrien und weiterer militärischer Aufrüstung der Türkei liegen, sondern muss friedlich, unter Einbeziehung der betroffenen Staaten und Interessengruppen sowie unter Wahrung des Völkerrechts erreicht werden.

Der Deutsche Bundestag kritisiert darüber hinaus den Aufruf des türkischen Religionsattachés an die Gläubigen der DITIB-Gemeinden, die Sieg-Sure (Fetih) zu beten, in der es um das Ziel der Eroberung geht. Verherrlichung von Krieg und nationalistische Stimmungsmache lehnt der Deutsche Bundestag ebenso ab wie Angriffe auf Moscheen oder kurdische Einrichtungen in Deutschland. Die Diskussion über die aktuellen Entwicklungen in Syrien muss friedlich und mit Argumenten geführt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für einen sofortigen Stopp des türkischen Angriffs in Nordsyrien einzusetzen – bilateral, auf europäischer Ebene, bei den Vereinten Nationen, im Rahmen der

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

NATO – und die Einhaltung der vom UN-Sicherheitsrat geforderten 30-tägigen Waffenruhe für ganz Syrien auf allen Ebenen, gegenüber allen Beteiligten einzufordern,

2. den Angriff der Türkei in Syrien als völkerrechtswidrig zu verurteilen und diese Position auf allen diplomatischen Ebenen zu bekräftigen,

3. im Rahmen der Vereinten Nationen auf eine Aufklärung der Vorwürfe, die türkischen Streitkräfte hätten in der Region um Afrin Giftgas eingesetzt und gezielt Krankenhäuser angegriffen, hinzuwirken und die von Präsident Erdogan angekündigte Belagerung der Stadt als drohenden weiteren Bruch des Völkerrechts zu verurteilen,

4. umgehend die völkerrechtswidrige Intervention der Türkei innerhalb der NATO inklusive dem Nordatlantikrat auf den Tisch zu bringen und darauf zu drängen, dass die NATO offen über geeignete Konsequenzen diskutiert, um zu klären, welche Konsequenzen dies auch für den Einsatz der AWACS im Rahmen der NATO hat,

5. mehr denn je eine klare Position für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei und in der Region einzunehmen. Das politische Handeln der Bundesregierung und der EU muss konsequent auf die Unterstützung der verbleibenden demokratischen Kräfte in der Türkei ausgerichtet werden,

6. alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend zu stoppen, bis die Türkei zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt. Das gilt auch für die von der türkischen Regierung geforderte Aufrüstung der Leopard-II-Panzer, die nach Angaben der türkischen Regierung im Rahmen der „Operation Olivenzweig“ eingesetzt werden,

7. Pläne zur Beteiligung deutscher Unternehmen an Rüstungskonsortien, wie sie jüngst im Fall von Rheinmetall öffentlich wurden, ausnahmslos zu unterbinden und die Gesetzeslücke, die solche Vorhaben ermöglicht, dringend zu schließen,

8. eine diplomatische Offensive gegenüber der Türkei sowie Vertreterinnen und Vertretern der kurdischen Bevölkerung in der Region zu unterstützen, um Druck für eine friedliche und politische Lösung der sogenannten Kurdenfrage zu erzeugen,

9. anzuerkennen, dass der Flüchtlingsdeal mit der Türkei Europa nicht nur vor Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik abschirmt, die EU erpressbar gemacht hat – und diesen Türkei-Deal entsprechend zu beenden. Zugleich sollte damit die europäische Unterstützung der über drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung nach humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen,

10. den politischen und wirtschaftlichen Druck auf die AKP-Regierung zu erhöhen, damit nach Deniz Yücel auch alle anderen politischen Gefangenen endlich ein rechtsstaatliches Verfahren erhalten und alle unschuldig Inhaftierten frei kommen,

11. Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion auszuschließen, solange die Türkei keine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Das gilt auch für die Fortführung der Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen. Europäische Heranführungshilfen sollten ausschließlich an zivilgesellschaftliche, pro-demokratische Organisationen ausgezahlt werden. Die Beitrittsgespräche jetzt aber komplett abzubrechen, würde das falsche Signal an die pro-europäischen und demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 13. März 2018

Katrin-Göring Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.